

Presseerklärung

München, den 27. Mai 2014

„Wer A sagt, soll auch B sagen!“

Stärkere Bürgerbeteiligung durch niedrige Hürden bei Volksbegehren

Mehr Demokratie e. V. begrüßt den Willen der Regierung, die Bürgerbeteiligung auszubauen, hält jedoch den von der CSU eingebrachten Gesetzesvorschlag einer Volksbefragung für ungeeignet und problematisch. Statt von oben verordneter unverbindlicher Befragungen sollte die Bürgerbeteiligung auf Landesebene wirklich verbessert werden: Die Hürden für Volksbegehren senken und Finanzwirksamkeit einbeziehen!

Mehr Demokratie e. V. begrüßt ausdrücklich die Aussagen der Regierungserklärung von letztem Herbst. Ministerpräsident Horst Seehofer hat darin zum Ausdruck gebracht, dass die Regierung die Bürgerbeteiligung stärken wolle, die Bürger sollen „mitreden, sich einmischen und mitgestalten können“. Die von der Regierung vorgebrachte Gesetzesvorlage ist jedoch unserer Meinung nach aus mehreren Gründen dazu ungeeignet und sogar problematisch.

Bei dem Instrument der Volksbefragung kann das Volk sich nur dann zu Themen äußern, wenn Regierung und Landtag dies beschließen. Dadurch besteht das Risiko, dass dieses Instrument nur bei „genehmen“ Fragestellungen eingesetzt wird und nicht bei wirklich kontroversen Themen. Zudem ist Manipulation durch geschickte Wahl des Zeitpunktes und der Fragestellung möglich. Ebenso ist die Volksbefragung des vorliegenden Entwurfes unverbindlich und nicht für finanzwirksame Themen oder Gesetzesvorhaben zulässig. All diese Aspekte würden die Bürgerbeteiligung de facto schwächen bzw. im schlimmsten Fall sogar eine Instrumentalisierung von Plebisziten für den Machterhalt der Regierung erlauben.

Bayern verfügt heute über gute Voraussetzungen, die Bürgerbeteiligung weiter auszubauen: Die Bürgerbeteiligung wächst in dem Maße, in dem die Hürden für eine Beteiligung reduziert werden. Darum ruft Mehr Demokratie e. V. den Landtag und die Regierung dazu auf, das Versprechen, die Bürgerbeteiligung auf Landesebene zu verbessern, durch das Absenken der Hürden für Volksbegehren einzulösen:

- Absenkung der Anzahl Unterschriften von 10 % auf 2 bis 3 %
- Verlängerung der Fristen für die Unterschriftensammlung auf mehrere Monate
- Zulassung der freien Unterschriftensammlung zusätzlich zur amtlichen Eintragung
- Zulassung von Volksbegehren zu finanzwirksamen Themen

„Wir sind der Überzeugung, dass direkte Volksrechte eine insgesamt kontrollierende und ausgleichende Kraft entfalten, wenn das Volk, der Souverän, selbst die Themen bestimmt.“, so Susanne Socher Landesvorsitzende von Mehr Demokratie in Bayern. „Dadurch werden die Parlamentarier dazu angehalten, in jeder Sachfrage so zu entscheiden, dass die Entscheidung im Volk mehrheitsfähig ist. So werden sie ihrer ureigsten Aufgabe, der Repräsentanz, viel besser gerecht. Starke Volksrechte stärken die Parlamentarier!“

Die Regierung hat in ihrer Regierungserklärung im November 2013 A gesagt, nun soll sie auch B sagen.

Kontakt bei Rückfragen

Dr. Samuel Kutter
Beauftragter Landespolitik
Tel. 0177 2 958 985
samuel.kutter@mehr-demokratie.de

Susanne Socher
Sprecherin Landesvorstand Bayern
Tel. 0170 241 48 73
susanne.socher@mehr-demokratie.de

Für mehr Informationen siehe 2. Seite und <http://bayern.mehr-demokratie.de>

Mehr Demokratie e. V.

- Größte Nichtregierungsorganisation für direkte Demokratie, weltweit, überparteilich, gemeinnützig
- Kampagnen, Beratung, wissenschaftliche Auswertung, Gesetzentwürfe zu Demokratiethemem
- Durch Volksentscheid in Bayern 1995 kommunale Bürgerentscheide eingeführt

Themen

- Einführung bundesweiter Volksbegehren und Volksentscheide
- Reformen direkter Demokratie auf Kommunal- und Landesebene
- Reformen des Wahlrechts und des Parlamentarismus
- Demokratisierung der Europäischen Union
- Ausbau der Informationsfreiheit
- Stärkung der Bürgerbeteiligung

Struktur

- 13 Landesverbände, rund 40 Mitarbeiter/innen
- Beratendes und unterstützendes Kuratorium mit 50 Mitgliedern aus Wissenschaft, Kultur, Politik
- Rund 7.000 Mitglieder und Förderer und 3.600 Spender
- Jährliches Haushaltsvolumen von etwa 1 Mio. Euro
- Finanziert vor allem aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, keine staatliche Förderung

Bilanz

- 19 Volksbegehren und Volksinitiativen initiiert, rund 5 Millionen Unterschriften gesammelt
- Mit 37.000 Unterstützer/innen die größte Verfassungsbeschwerde der deutschen Geschichte initiiert für einen Volksentscheid über ESM und Fiskalvertrag
- In rund 20 Fällen bessere Mitbestimmungsrechte für Bürgerinnen und Bürger erkämpft und als „demokratisches Gewissen“ undurchsichtige und unfaire Regelungen angeprangert
- Regelmäßige Berichte und Rankings zur direkten Demokratie und zum Wahlrecht

Wichtigste Forderungen von Mehr Demokratie e. V.

Bayern

Landesebene

- Zulassung von finanzwirksamen Volksbegehren
- Absenkung der Hürden für Volksbegehren
 - Absenkung der Anzahl der benötigten Unterschriften auf 2 bis 3 Prozent
 - Einführung der freien Unterschriftensammlung zusätzlich zur Amtseintragung
 - Deutliche Verlängerung der Frist beim Volksbegehren
- Rederecht im Landtag für Initiatoren von Volksbegehren
- Einführung eines bayrischen Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetzes

Kommunale Ebene

- Absenkung des Zustimmungsquorums beim Bürgerentscheid
- Abschaffung der Bindungswirkung von Bürgerentscheiden (Bindung durch politische Wirkung!)

Bund

- Bundesweiter Volksentscheid mit niedrigen Hürden, auch zu finanzwirksamen Themen

Europa

- Einführung Volksgesetzgebung
- Europäischer Konvent zur demokratisch legitimierten Neuordnung der Europäischen Union